



Baden-Württemberg

Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 46.2
Postfach 80 07 09
70507 Stuttgart

oder

Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 46.2
Außenstelle Freiburg
Bissierstr. 7
79114 Freiburg

Antrag auf Erwerb einer Prüferberechtigung (H) gemäß VO(EU) Nr. 1178/2011

Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 46

(bitte Adresse eingeben)

Name	
Vorname	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon	E-Mail
Lizenznummer	

- Antrag auf erstmalige Erteilung einer Prüferberechtigung
 Erweiterung einer bestehenden Prüferberechtigung

Prüfer-Nr. DE - _____

Erwerb/Erweiterung der Prüferberechtigung:	Bezeichnung der Prüferberechtigung	Voraussetzung
<input type="checkbox"/> FE(H); einmotorige Hubschrauber	Prüfer für PPL H gem. Teil-FCL.1005.FE b) (1)	FI(H), 1000 h Pilot eines Hubschraubers; davon min. 250 h Flugausbildung
<input type="checkbox"/> FE(H) LAPL only;	Prüfer für LAPL (H) gem. Teil-FCL.1005.FE b) (4)	FI(H), 500 h Pilot eines Hubschraubers; davon min. 150 h Flugausbildung
<input type="checkbox"/> FIE(H);	Prüfer für Fluglehrer (H) gem. Teil-FCL.1005.FE b) (4)	FI(H) instructor, 2000 h Pilot eines Hubschraubers; davon min. 100 h Flugausbildung von Bewerbern um eine Lehrberechtigung

Mit der Veröffentlichung meiner anerkannten Rechte als Prüfer und meiner Personendaten bin ich einverstanden.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

Bestätigung der Ausbildungstätigkeit durch die Ausbildungsorganisation (ATO) / einen Prüfer:

Das Vorliegen der Voraussetzungen für die auf Seite 1 dieses Antrages beantragten Prüferkategorie(n), sowie die oben gemachten Angaben über die Ausbildungstätigkeit werden hiermit von mir (Prüfer oder Ausbildungsleiter einer ATO) bestätigt.

Hinweis: Antragsteller darf hier nicht selbst bestätigen.

Prüfer-/Lizenznummer

Name, Vorname des Prüfers/Ausbildungsleiters

Ort, Datum

Unterschrift des Prüfers/Ausbildungsleiters

Folgende Dokumente sind dem Antrag beigefügt bzw. werden nachgereicht:

- Bei erstmaliger Beantragung oder Erweiterung einer Prüferberechtigung: Nachweis über die Beantragung des Behördenführungszeugnisses – Belegart O – (zur Vorlage beim Regierungspräsidium; Stichwort: Prüferberechtigung), nicht älter als 6 Monate
- Bei erstmaliger Beantragung oder Erweiterung einer Prüferberechtigung: Auszug aus dem Fahreignungsregister beim Kraftfahrt-Bundesamt (FAER) (nicht älter als 6 Monate) mit Anlagen
- Bei erstmaliger Beantragung einer Prüferberechtigung oder Erweiterung um eine neue Prüferkategorie: Nachweis der Durchführung von zwei (s.u.) praktischen Prüfungen / Befähigungsüberprüfungen / Kompetenzbeurteilungen (Ausbildung durch einen Prüfer, gemäß Teil-FCL.1015)i
- Kompetenzbeurteilung nach Teil-FCL.1020 mit einer Aufsichtsperson der zuständigen Behörde oder einem vom Regierungspräsidium hierzu ausdrücklich ermächtigten Leitenden Prüfer (SEN), nach Absolvierung der o.g. Ausbildung. Die Auswahl des SEN bzw. der Aufsichtsperson bedarf der Zustimmung durch das Regierungspräsidium
- Teilnahme Prüferstandardisierungsseminar (Präsenzseminar bei Ersterteilung) wird nachgereicht hat stattgefunden. Datum (Bescheinigung) ist nicht nötig (Erweiterung) liegt bei

Erklärung des Antragsstellers:

Ich erkläre hiermit, dass in den letzten 5 Jahren

- ich an einem Luftfahrzeugunfall mit wesentlichem Schaden für Personen (mehr als nur leichte Prellungen) oder Sachen (mehr als 500,- Euro) **nicht** beteiligt war
- ich gerichtlich **nicht** bestraft wurde
- keine** Bußgelder verhängt wurden
- Meine Fahrerlaubnis **nicht** entzogen wurde; sie ist auch **nicht** vorläufig eingezogen oder beschlagnahmt
- Gegen mich ist **kein** Straf- bzw. Bußgeldverfahren anhängig

Andernfalls sind noch folgende Anlagen beizufügen:

- Nachweis zu Gericht, Aktenzeichen und Grund des anhängigen Verfahrens
- Nachweis zu Bußgelder, Bußgeldbescheid
- Nachweis zu der Behörde (mit Aktenzeichen), in deren Zuständigkeit sich der Flugunfall ereignet hat.

Mir ist bekannt, dass meine Lizenz nach der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 ARA.FCL.250 beschränkt oder widerrufen werden kann, wenn die Erlangung durch Fälschung eingereichter Nachweise oder durch missbräuchliche Verwendung von Zeugnissen zustande kam.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers